UE Online

Sieg nach Punkten für Adrian Amstutz | 14. Januar 2014

« zurück zur Übersicht

Nationalrat Adrian Amstutz (l.) und Bundesrat Johann Schneider-Ammann kreuzten unter der Moderation von Simone Hulliger die politischen Klingen. Bild: Marcel Bieri

Nationalrat Adrian Amstutz hat für die Masseneinwanderungs-Initiative der SVP tüchtig gepunktet. Bei der Live-Sendung «Forum» des Schweizer Radio SRF in der Alten Mühle in Langenthal war er derjenige Podiumsteilnehmer, der mit seinen Argumenten für emotionale Momente sorgte, während Bundesrat Johann Schneider-Ammann zwar sachlich einwandfrei, aber zu wenig «griffig» argumentierte.

Von Walter Ryser

Die Masseneinwanderungs-Initiative der SVP, die am 9. Februar zur Abstimmung kommt, spaltet das Land. Die Initiative verlangt, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selber steuern und kontrollieren kann. Sie will die Zuwanderung von Ausländern in die Schweiz durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzen. Dagegen wehren sich die Wirtschaftsverbände, aber auch fast alle übrigen Parteien. Einen Monat vor der Abstimmung ist der Kampf voll entbrannt. Das erlebten auch die Zuhörer im bis auf den letzten Platz besetzten Restaurant Alte Mühle in Langenthal, von wo das Schweizer Radio SRF die Sendung «Forum» live produzierte. Auf dem Podium standen sich Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) und SVP-Nationalrat Adrian Amstutz gegenüber. Quasi als «Garnitur» wirkten Nationalrätin Nadine Masshardt (SP) sowie der Langenthaler Stadtrat Patrick Freudiger (SVP) mit.

Adrian Amstutz befürchtet eine «Zehn-Millionen-Schweiz»

Moderatorin Simone Hulliger sprach einleitend Bundesrat Schneider-Ammann darauf an, dass es in diesem Lande langsam eng werde, auf den Strassen, mit dem Wohnraum und auf

dem Arbeitsmarkt. Sie fragte ihn konkret, ob er sich nicht eingeengt fühle. «Ich gehe so früh aus dem Haus und komme so spät nach Hause, dass ich davon nichts mitbekomme», antwortete dieser scherzhaft und versuchte damit, die emotionale Thematik ein wenig zu entschärfen, was ihm allerdings nur kurz gelang, denn sein Kontrahent, SVP-Nationalrat Adrian Amstutz, sorgte mit kernigen Aussagen für «Feuer» auf dem Podium. «Wir steuern mit offenen Augen auf eine Zehn-Millionen-Schweiz zu», sagte er und wies darauf hin, dass in diesem Land momentan wie verrückt gebaut werde. Das bringe zwar kurzfristig Geld und Wohlstand, hielt der Oberländer fest, «diese Masslosigkeit wird uns aber bald einholen», mahnte er. Der Langenthaler Bundesrat entgegnete ihm, dass es das Ziel der Landesregierung sei, allen Leuten im Land eine Perspektive sowie Beschäftigung zu bieten. Er wies darauf hin, dass es der Schweiz gut gehe, praktisch Vollbeschäftigung herrsche und man ein wirtschaftliches Wachstum verzeichne, was in Europa Seltenheit habe. Während Nadine Masshardt überzeugt ist, dass die Initiative keine Probleme löst, sondern bloss neue schafft, wies Patrick Freudiger auf den hohen Ausländeranteil in Langenthal hin (rund 20 Prozent). «Je mehr Ausländer nach Langenthal kommen, desto mehr Platz benötigen wir. Da jedoch in Langenthal kaum noch freies Bauland zur Verfügung steht, verteilen sich mehr Leute auf gleichem Raum, was zwangsläufig die Lebensqualität einschränkt.»

Angst vor Wachstumseinbruch

Auch aus dem Publikum waren Bedenken zu hören. Das Land versinke in einem Verkehrschaos wurde gesagt, aber es wurde auch darauf hingewiesen, dass es schwer geworden sei, für gewisse Berufssparten Schweizer zu finden. Schneider-Ammann zeigte Verständnis für die Ängste der Bürger. «Es ist mir aber lieber, dass wir hier ein attraktives Land haben, indem investiert wird, als Zustände wie sie in einigen europäischen Staaten herrschen.» Adrian Amstutz bezweifelte die Realität des «Schreckgespenstes» Fachkräftemangel und warf den Unternehmen vor: «Einigen geht es auch bloss darum, billigere Arbeitskräfte zu rekrutieren.» Johann Schneider-Ammann warnte eindringlich davor, dass bei einer Annahme der Initiative das wirtschaftliche Wachstum zum Erliegen kommen könnte. Davor habe er Angst, sagte er. Gleichzeitig riskiere man mit der Aufkündung des Personenfreizügigkeitsabkommens den bilateralen Weg der Schweiz mit der EU. «Es würde zu einer Unsicherheit in der Wirtschaft führen, Projekte und Investitionen würden zurückgestellt, und die Schweiz erleidet gegenüber der EU einen weiteren Imageschaden.» Alles schon einmal gehört, entgegnete Adrian Amstutz. Mit den gleichen Argumenten habe man vor zwölf Jahren versucht, den EWR-Beitritt zu rechtfertigen, rief er in Erinnerung. Das Gegenteil sei eingetroffen. Und zum Verhältnis mit der EU sagte er: «Wir haben verlernt, mit unseren Partnern richtig hart zu verhandeln. Bei Drohungen knicken wir sofort ein.» Er erwarte deshalb bei einer Annahme der Initiative, dass der Bundesrat den Volksauftrag ernst nehme und der EU unsere Situation klar darlege. Dafür erntete der Oberländer Nationalrat Applaus, was zeigte, dass er das Bauchgefühl etlicher im Lokal anwesender Personen zu deuten wusste. Bundesrat Schneider-Ammann dagegen hofft, dass es gar nicht so weit kommt. «Sollte dieses Szenario dennoch Tatsache werden, müssen wir die neue Situation in aller Ruhe analysieren und darüber diskutieren, wie wir vorgehen wollen.» Noch ist es nicht so weit, obwohl Adrian Amstutz an diesem Abend einen klaren Sieg nach Punkten errang.